



Manche Wahlkampfaussagen:  
So dehnbar wie Kaugummi. Foto: Fotolia

# Drum prüfe, wer sich lange bindet!

Im September stehen Bundestagswahlen an. *ERNEUERBARE ENERGIEN* hat bei den großen Parteien nachgefragt, was sie in der Energiepolitik planen

„In der Energiepolitik gibt es in der FDP neue Mehrheiten. Viele haben dazugelernt“, sagte FDP-Politiker Michael Kauch Ende Juli der Stuttgarter Zeitung. Möglicherweise meint Kauch mit „vielen“ auch sich selbst. Der umweltpolitische Sprecher der Liberalen hatte noch im Mai für ein Quotenmodell zur Förderung der erneuerbaren Energien statt des EEG plädiert. Nach dem Parteitag im Juni war dieses Ansinnen vom Tisch – oder fand sich zumindest nicht mehr im Wahlprogramm wieder. Nun heißt es offiziell: „Die FDP befürwortet die Förderung Erneuerbarer Energien zusätzlich zum eigentlichen Klimaschutz-Instrument des Emissionshandels und unterstützt das EEG.“

Nicht zuletzt die Skandale um die AKW Krümmel und Lingen haben die Aussagen zur Zukunftsfähigkeit der Atomenergie dezenter werden lassen. Die FDP bedient sich der bekannten Formel „Atomenergie = Übergangstechnologie“, wobei die Zeitspanne des Übergangs unklar bleibt, und plädiert genau wie die Union für eine Laufzeitverlängerung „sicherer“ AKW. „Es geht nicht um zentrale oder dezentrale Energieerzeugung, und wir sollten das auch nicht gegeneinander ausspielen. Wir brauchen beides“, meint die CDU. Der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) mahnte diesbezüglich allerdings kürzlich ein Umdenken an. „Hohe Anteile von Grundlastkraftwerken sind mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht vereinbar.“ Eine weitestgehende Energieversorgung durch erneuerbare Energien sei stattdessen schon innerhalb weniger Jahre vorstellbar. Um die naturgegebene Fluktuation auszugleichen, würden schneller regelbare Kraftwerke benötigt.

Sich von dem Konzept der Grundlast zu verabschieden, ist der Mehrheit der von *ERNEUERBARE ENERGIEN* befragten Parteien kein Anliegen. Kohle, die neben der Atomenergie in Deutschland etwa die Hälfte des Grundlaststroms zur Verfügung stellt, sei aus dem deutschen Energiemix in den nächsten Jahrzehnten nicht wegzudenken, so die Christdemokraten. Auch die SPD plant weiter mit Kohle. Allerdings mit der Einschränkung, dass Neubauten nur in dem Maße sinnvoll seien, „wie der Ausbau von erneuerbaren Energien, Einsparung und Effizienzsteigerung auf der einen Seite und der Atomausstieg auf der anderen Seite Erzeugungsbedarf durch fossile Kapazitäten verlangen“. Diese Aussage ist allerdings so dehnbar wie ein Kaugummi von Hubba-Bubba.

## SPD, CDU und FDP wollen CCS

Die FDP will die Kohleverstromung auch klimaverträglicher und die Technologie zur Abscheidung und Einlagerung von CO<sub>2</sub> (CCS) durch Pilotprojekte und die zügige Schaffung eines sicheren Rechtsrahmens fördern. Neue Kohlekraftwerke dürften nur noch ans Netz gehen, wenn zumindest eine Nachrüstung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung möglich ist. Auch die CDU sieht in CCS „einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger“, auch wenn die Technologie „in der Tat noch in den Kinderschuhen steckt und sich heute noch keine Aussagen darüber treffen lassen, ob sie sich jemals in großem Stil in Deutschland durchsetzen kann“. Aus Sicht der SPD müssen neue Kohlekraftwerke „bereits heute CCS-ready sein“. Dazu müsse das Genehmigungsrecht entsprechend angepasst werden und, sollte die Technologie zur



Verfügung stehen, der Kraftwerksbetreiber entscheiden, ob es wirtschaftlicher sei, CCS einzusetzen, CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu kaufen oder die Anlage stillzulegen. Ein schlüssiges Konzept zur Endlagerung bleiben alle drei Parteien schuldig. Bündnis 90/Die Grünen wollen keinen Neubau von Kohlekraftwerken und lehnen CCS ab. Dass „nicht wollen“ und „nicht mittragen“ zwei Paar Stiefel sind, zeigte die Genehmigung des größten deutschen Steinkohlekraftwerkes im Hamburger Stadtteil Moorburg durch die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene. Die Linke lehnt den Neubau von Kohlekraftwerken ebenso wie CCS ab, musste jedoch ihre Standhaftigkeit bislang nicht beweisen.

### Netzausbau ja – aber wie?

Für die weitere Integration der erneuerbaren Energien in das Verbundnetz hält die CDU Ausbaumaßnahmen im Höchstspannungsübertragungsnetz für notwendig, wobei das kürzlich verabschiedete EnLAG den richtigen Weg bereite. Sollten sich EnLAG und Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz als unzureichend erweisen, meint die SPD – anscheinend weniger überzeugt von diesen Instrumenten – „müssen wir so schnell wie möglich nachlegen“. Bei den Grünen wird dies mit der Forderung nach einer Novelle des EnLAG dahingehend präzisiert, dass verstärkt Erdkabel verlegt werden können. Die Linke fordert die Vergesellschaftung der Übertragungsnetze, um den „Netzausbau unter Gemeinwohlinteressen“ zu stellen, eine „Ökologisierung“ des Energiewirtschaftsgesetzes und einen „Vorrang für Erdkabel“ zu erreichen. Ersteres kommt für die FDP nicht in Frage: „Wie die aktuelle Verstrickung der Landesbanken in die Finanzmarktkrise verdeutlicht, garantiert öffentliches Eigentum mitnichten eine Verwendung dieses Eigentums zum Wohl aller Bürger.“ Die entscheidende Maßnahme, um die Netzintegration der Erneuerbaren zu verbessern, sehen die Grünen darin, die sieben ältesten Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen. „Wir müssen nicht die erneuerbaren Energien in die Energieversorgungsstruktur integrieren, sondern die Energieversorgungsstruktur auf die erneuerbaren Energien neu ausrichten“, so die ökologisch Bewegten um Parteivorsitzende Claudia Roth und Cem Özdemir. Auch die Förderung von Kombikraftwerken gehöre in ein Gesamtkonzept der Anpassung der Energieversorgungsstruktur. Zum gleichen Thema beharren die beiden großen Volksparteien auf ihren Standpunkten, die schließlich das Zustandekommen eines Kompromisses vor der Wahl verhinderten: Die SPD will den Kombikraftwerksbonus, die CDU beharrt auf der Marktprämie, mit der sie zusätzliche Anreize für den Verkauf von Strom aus Erneuerbaren direkt an der Börse schaffen will.

Weil die FDP neuerdings das EEG befürwortet, gilt „unsere Unterstützung auch dem Betrieb von Windenergieanlagen“. Für die CDU kann die Windkraft „einen Beitrag zur Stromversorgung leisten, wo es wirtschaftlich und technologisch sinnvoll ist“. Wie dies auf Landesebene teilweise interpretiert wird, ist

Projektierern bekannt. Hier helfe nur, so die SPD, bei der nächsten Bundestagswahl kein tendenziell windenergiefeindliches Kreuz zu machen und bei Landtags- oder Kommunalwahlen das Kreuz an der „richtigen“ Stelle zu setzen.

Die Grünen wollen die Degression der Solarförderung zukünftig stärker an der Marktentwicklung ausrichten. Entwickelt sich der Markt besonders gut, sei das ein Indiz dafür, dass noch Spielräume zur Vergütungssenkung vorhanden sind. Dann sollte stärker gesenkt werden. Stagniert der Markt, sei dies ein Zeichen für eine zu knappe Vergütung. Die Degression sollte dann schwächer ausfallen. Auch die SPD will die Marktentwicklung im Licht der novellierten Vergütungssätze im Auge behalten und kurzfristig reagieren, falls sich negative Verwerfungen wie Absatzeinbrüche zeigen sollten. Die Linke wünscht sich eine höhere Vergütung für Kleinanlagen bis 5 kWp und die Abschaffung der „Erfolgsstrafe“, wonach bei einer hohen installierten Gesamtleistung die Vergütung sinkt. Auch sollte zukünftig die Fassaden- und Gebäudeintegration von PV wieder gefördert werden.

Biomasse passt den Liberalen ins Grundlast-Konzept: Hier will sie für Investitionssicherheit sorgen und rückwirkende Eingriffe, wie sie Schwarz-Rot bei den Biogas-Anlagen vorgenommen hat, ausschließen. Alle Beschränkungen für die Direkteinspeisung ins Gasnetz sollen aufgehoben werden. Bei Biokraftstoffen fordert sie den Umstieg von der Beimischungsquote zur Steuervergünstigung. Die Linke will, da ist sie mit den anderen Roten einig, den Schwerpunkt auf Biogas legen. Biokraftstoffen steht sie eher ablehnend gegenüber, die Produktion und Nutzung von Pflanzenölen und Biodiesel habe nur in regionalen Kreisläufen für den Eigenbedarf in der Land- und Forstwirtschaft Sinn. Die Linke spricht sich gegen eine Zwangsquote aus. Die Grünen plädieren für die Wiederherstellung der Steuerbefreiung für Biokraftstoffe.




### Aus den Augen, aus dem Sinn

Ein Blick in die Wahlprogramme zeigt, dass die Zeiten, in denen gegen Erneuerbare ausschließlich polemisiert wurde, zumindest offiziell vorbei sind. Nur das Wie, Wann und Wo unterscheiden sich oft immens. Geplante Anpassung der Einspeisevergütung – dazu will sich keine Partei klar äußern. Mit „Augenmaß“ sollten diese entschieden werden; ein Maß, dass mit einer schwarz-gelben Regierung ganz schnell in drastische Kürzungen insbesondere im Solarbereich kippen könnte, fürchtet Grünen-Politiker Hans-Josef Fell.

Oftmals, auch in den Antworten auf die Fragen von *ERNEUERBARE ENERGIEN*, beziehen sich Politiker auf das bei weitem nicht spruchreife Projekt Desertec (vgl. S. 96). Vermutlich steht dahinter der Wunsch, mit einem Streich alle Probleme einer stabilen und ökologischen Energieversorgung zu lösen und das auch noch weit weg in der Wüste. So einfach wird es aber nicht. Um das Energiekonzept der Zukunft wird heftig gerungen werden. Es gilt, Grundsatzfragen zu lösen (Grundlast oder nicht), technologische Lücken zu füllen (Speichertechnologie) und dabei die Bevölkerung mitzunehmen.

 DANIELA BECKER



				
<b>1. Plädieren Sie für den mehr zentralen oder den mehr dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien?</b>				
<p>Es geht nicht um zentrale oder dezentrale Energieerzeugung und wir sollten das auch nicht gegeneinander ausspielen. Wir brauchen beides. Dezentrale Energieerzeugung hat viele Vorteile, so reduziert sich beispielsweise der Ausbaubedarf des Netzes, wodurch eine zusätzliche Kostenbelastung der Verbraucher vermieden werden kann. Allerdings werden wir nicht auf zentrale Großkraftwerke verzichten können, die beispielsweise für die energieintensive Industrie zuverlässig Grundlaststrom zur Verfügung stellt.</p>	<p>Das EEG und das EEWärmeG ist aus guten Gründen auf eine dezentrale Stromerzeugung hin angelegt. Dezentrale Strukturen sind flexibler einsetzbar, nachfragebezogen und verursachen bei genauer Betrachtung weniger Kosten.</p>	<p>Für uns Grüne steht der dezentrale Ausbau im Vordergrund. Allerdings sehen wir kein entweder oder. Wenn der Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien mit einem kleineren Anteil zentraler Anlagen schneller geht als ohne, dann sollten wir auch diesen Weg gehen.</p>	<p>Die Linke spricht sich für eine dezentrale Ausrichtung der Energieversorgung auf Basis einer regenerativen Vollversorgung aus.</p>	<p>Zentrale und dezentrale Nutzungskonzepte erneuerbarer Energien ergänzen sich gegenseitig. Mit Blick auf zentrale Lösungen, die auf einen Beitrag erneuerbarer Energien zur grundlastorientierten Stromversorgung setzen, fordert die FDP, insbesondere die Strategie eines Stromverbundes mit Nordafrika (Desertec) innerhalb der Mittelmeerunion mit Nachdruck zu verfolgen, um Solarenergie und Windenergie und deren Speicherung in größeren Mengen effizient zu nutzen. Neben der Markttöffnung durch grenzüberschreitenden Netzausbau müssen Mittel für Forschung und Entwicklung insbesondere hinsichtlich der hocheffizienten Stromübertragung verstärkt werden.</p>
<b>Halten Sie am Atomausstieg fest?</b>				
<p>Um sichere, saubere und bezahlbare Energie dauerhaft gewährleisten zu können, brauchen wir einen breiten Energiemix, der die fossilen Energieträger genauso mit einschließt wie erneuerbare Energien und Kernenergie. Die Union plädiert daher für eine Laufzeitverlängerung sicherer deutscher Anlagen. Wir lehnen einen Neubau von Kernkraftwerken ab. Die Kernenergie stellt neben der Kohle die Hälfte des Grundlaststroms zur Verfügung. Aufgrund ihrer weitestgehenden CO<sub>2</sub>-Freiheit werden in Deutschland jährlich 150 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoß eingespart, was der jährlichen Emission im Straßenverkehr entspricht. So können bei Beibehaltung der Kernenergienutzung bis 2020 60 % des inländischen Stroms CO<sub>2</sub>-frei produziert werden. Jede Verknappung wirkt preistreibend und würde die Importabhängigkeit Deutschlands erhöhen.</p>	<p>Ja! Und eins steht fest: Ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD wird der Atomausstieg aufgehoben!</p>	<p>Auf jeden Fall, kein Wenn und kein Aber. Jedes Atomkraftwerk stellt ein Sicherheitsrisiko dar und produziert Atommüll, von dem wir nicht wissen, wohin damit. Je früher wir die Atomkraftwerke abschalten, desto besser. Die ältesten unsicheren sollten schneller abgeschaltet werden.</p>	<p>Wir fordern einen unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der gefährlichen und unbeherrschbaren Atomenergienutzung. Der so genannte Atomkonsens garantiert den Energiekonzernen nicht nur enorme Profite auf Kosten der Allgemeinheit, sondern droht auch zu scheitern. Laufzeitverlängerungen der maroden Atomanlagen bremsen das erforderliche Wachstum erneuerbarer Energien aus.</p>	<p>Mittelfristig brauchen wir einen Energiemix aus erneuerbaren Energien, Gas, Kohle und Kernenergie. Die Kernenergie brauchen wir als Übergangstechnologie, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen oder die CO<sub>2</sub>-Abscheidung für Kohlekraftwerke großtechnisch zur Verfügung steht. Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen daher verlängert werden. Im Gegenzug müssen Betreiber einen Teil der finanziellen Vorteile an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abführen, die innovative Energietechnologien, vorrangig Energiespeichertechnologien, fördert. Dabei muss die Sicherheit in den Kernkraftwerken weiter optimiert werden.</p>
<b>Sind Sie für den Neubau von Kohlekraftwerken?</b>				
<p>Kohle stellt, neben der Kernenergie, in Deutschland etwa die Hälfte des Grundlaststroms zur Verfügung und ist aus dem Energiemix – auch in den nächsten Jahrzehnten – nicht wegzudenken. In Deutschland ist die Braunkohle ein wichtiger heimischer, kostengünstiger und grundlastfähiger Energieträger, der noch mindestens 200 Jahre zur Verfügung steht. Aus diesem Grund ist der Bau von neuen effizienteren Kohlekraftwerken, die die alten Kraftwerke mit geringerem Wirkungsgrad ersetzen und so einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, unabdingbar.</p>	<p>Ein Neubau ist nur in dem Maße sinnvoll, wie der Ausbau von erneuerbaren Energien, Einsparung und Effizienzsteigerung auf der einen Seite und der Atomausstieg auf der anderen Seite Erzeugungsbedarf durch fossile Kapazitäten verlangen. Allerdings muss dieser Kraftwerkspark neu strukturiert werden und den Zielen im Klimaschutz entsprechen. Im Regierungsprogramm hat sich die SPD festgelegt, der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien bleibt langfristig, die erlaubte Gesamtemission von CO<sub>2</sub> sinkt jährlich weiter und alte Kohlekraftwerke werden per Ordnungsrecht aus dem Markt gedrängt.</p>	<p>Nein. Kohlekraftwerke sind Klimakiller. Für den Klimaschutz ist es unverantwortlich, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Zudem passen sie nicht mehr in die zukünftige Energieversorgungsstruktur. Diese muss sehr flexibel auf die Schwankungen des Wind- und Solarstromangebots reagieren. Das können Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke nicht.</p>	<p>Die Linke spricht sich klar gegen den Neubau von Kohlekraftwerken aus. Zusätzliche fossile Großkraftwerke sind aufgrund des schnellen und verlässlichen Wachstums erneuerbarer Energien nicht mehr erforderlich. Kohleblöcke passen auch nicht in eine regenerative Energiestruktur, in der es darum geht, schwankende Energiemengen durch ein geändertes Verbraucherverhalten und schnell regelbare hocheffiziente Kraftwerke auszugleichen.</p>	<p>Generell ist die Kohleverstromung aus Gründen der Versorgungssicherheit und der preisgünstigen Grundlastversorgung auf absehbare Zeit erforderlich. Die FDP befürwortet deshalb den Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke. Da die Stromproduktion im Emissionshandel mit festen CO<sub>2</sub>-Obergrenzen erfolgt, erhöht ein neues Kraftwerk den CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht, sondern verdrängt durch seine Nachfrage nach Emissionsrechten alte ineffiziente Anlagen. Die FDP will die Kohleverstromung klimaverträglicher machen. Die Technologie der Abscheidung und Einlagerung von CO<sub>2</sub> muss durch Pilotprojekte und die zügige Schaffung eines sicheren Rechtsrahmens gefördert werden. Neue Kohlekraftwerke dürfen nur noch ans Netz gehen, wenn zumindest eine Nachrüstung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung möglich ist. Die Option für eine Nutzung des CO<sub>2</sub> muss als Alternative zur Einlagerung weiter erforscht und rechtlich offen gehalten werden.</p>
<b>Falls ja, sollen diese nur unter dem Vorbehalt genehmigt werden, CCS einzusetzen, falls diese Technik wie von den EVU angekündigt bis 2015 einsatzfähig ist? Was passiert, wenn CCS nicht funktioniert? Wie sollen Endlager für das abgeschiedene CO<sub>2</sub> gefunden werden?</b>				
<p>Durch die Abscheidung und unterirdische Speicherung von Kohlendioxid haben wir die Chance, Kohlekraftwerke klimafreundlich zu betreiben. Somit stellt die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger dar. Hierfür brauchen wir Regelungen, die CCS ermöglichen und nicht verhindern. Zudem müssen wir die Bevölkerung mit einbeziehen und Überzeugungsarbeit für CCS leisten. Die CCS-Technologie steckt in der Tat noch in den Kinderschuhen und es lassen sich heute noch keine Aussagen darüber treffen, ob sie sich jemals in großem Stil in Deutschland durchsetzen kann. Die Union setzt sich dafür ein, dass CCS dort eingesetzt wird, wo dies wirtschaftlich und technologisch sinnvoll ist. Es wird eine geologische Untersuchung geben, bei der verschiedene Anforderungen an CO<sub>2</sub>-Speicher geprüft werden müssen: So müssen die Speicher bestimmten betrieblichen, organisatorischen, technischen und sicherheitsrelevanten Anforderungen genüge tragen. Die Speicher dürfen erst nach der Genehmigung durch die zuständige Behörde ihren Betrieb aufnehmen.</p>	<p>CCS muss als Option auf die technische Umsetzbarkeit hin geprüft werden. Außerdem muss sich zeigen, ob CCS zu wirtschaftlichen Konditionen ohne Subventionen eingesetzt werden kann. Erst daraufhin lässt sich absehen, welchen Stellenwert CCS tatsächlich haben wird. Neue Kraftwerke sollten aus unserer Sicht bereits heute „CCS-ready“ sein. Dazu ist unser Genehmigungsrecht entsprechend anzupassen. Steht CCS zur Verfügung, muss ein Kraftwerksbetreiber entscheiden, ob es wirtschaftlicher ist, CCS einzusetzen, CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu kaufen oder die Anlage stillzulegen. Aber in eine der drei Optionen wird er gehen müssen. Für den Fall, dass CCS nicht funktioniert oder unwirtschaftlich ist, müssen Kraftwerksbetreiber in benötigtem Umfang CO<sub>2</sub>-Zertifikate beschaffen, um die Stromerzeugung aufrecht zu erhalten, oder die Anlagen schließen. Die Untersuchung von geologischen Formationen kann durch jeden interessierten Akteur erfolgen. Das ist aber nicht die Aufgabe des Staates. Der Schutz von Geothermie-, Gasspeicher- und Druckluftspeicherpotenzialen ist bei der Festlegung möglicher CO<sub>2</sub>-Lager zu gewährleisten.</p>	<p>Wir halten das für eine überflüssige, ineffiziente und zu teure Technologie. Wenn die Energiekonzerne auf ihre eigenen Kosten hier Grundlagenforschung betreiben wollen, dann sollen sie das tun, solange sie nicht Mensch und Natur gefährden. Wir denken nicht, dass sich das jemals rechnen wird. Zudem werden sich die Menschen in diesem Lande nicht gefallen lassen, dass die Energiekonzerne Milliarden Subventionen für diese Technologie bekommen, die Risiken und Folgekosten aber auf die Bürgerinnen und Bürger übertragen werden, vom Widerstand gegen die CO<sub>2</sub>-Endlagerung unter den Häusern der Menschen ganz zu schweigen.</p>	<p>CCS ist ein nicht erfüllbares Technologieversprechen mit hohen gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Risiken. Die Linke lehnt die großtechnische Abscheidung und unterirdische Verklappung von CO<sub>2</sub> ab. Es ist fraglich, ob die CCS-Technologie jemals zum Einsatz kommt. Bereits jetzt ist absehbar, dass das Nachrüsten bestehender Kraftwerke mit CCS völlig unwirtschaftlich ist. Die Kosten werden über 100 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> liegen und damit weit über den Aufwendungen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Eine Auffindung von Endlagern darf in keinem Fall über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg erfolgen. Sollten wir am Einsatz dieser hochriskanten und teuren Technik nicht vorbeikommen, wird sich die Linke für einen zweifelsfreien Vorrang erneuerbarer Energien, für eine durchgehende Haftung bei den Betreibern und eine kostenpflichtige Nutzung unterirdischer Speicherstrukturen einsetzen.</p>	<p>Mit den bisherigen Vorstellungen der Bundesregierung über ein Gesetz zur Abscheidung und Endlagerung von Kohlendioxid ist die FDP keinesfalls einverstanden. Sehr frühzeitig hatten wir darauf hingewiesen, dass man dieser Technologie allerhöchste Aufmerksamkeit widmen muss. Im Bundestag hat die FDP die Bundesregierung zuletzt im Januar ausdrücklich dazu aufgefordert, im Rahmen eines CCS-Gesetzes dafür zu sorgen, dass bei der Anwendung dieser Technologien ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet ist. Wir haben die Bundesregierung ausdrücklich und schon vor Monaten dazu aufgefordert, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung vor Ort ernst zu nehmen und maximale Sicherheit bei der Ablagerung von CO<sub>2</sub> zu gewährleisten und zu kommunizieren. Genau an dieser Stelle hat die Bundesregierung durch ihr unsensibles Vorgehen versagt. Interne Streitigkeiten und Zögerlichkeiten der Koalition bis zum letzten Moment haben im Gegensatz dazu maximale Verunsicherung und Beunruhigung in der Bevölkerung ausgelöst. Das Versagen der Bundesregierung beim Thema CCS gefährdet zum einen die klimaverträgliche Nutzung der deutschen Braunkohle. Zum anderen ist dies auch ein Rückschlag für den globalen Klimaschutz, denn für die CO<sub>2</sub>-Einsparung in Schwellenländern ist die CCS-Technologie unverzichtbar.</p>